

An der Nacht des 13. Januar 1912. Lager 67. Höhe 3025 Meter. Temperatur 32 Grad. Nach dem zweiten Frühstück glitt der Schlitten erstaunlich leicht vorwärts — teils infolge des geringen Gewichtes, teils auch weil er richtig be-

eines längeren Krieges Hungersnot eintreten und die Kriegsführung ungünstig beeinflussen könnte, auch die Gegner zur Nachgiebigkeit auf, und man sucht neben der zur Stärkung des Deutschtums in den östlichen Provinzen Brauereibetriebe in Innenkolonisation Moore und Sümpfe urbar zu machen, um sie mit Kleinbauern und Insulten zu besiedeln und Viehweiden anzulegen. Denn man hat endlich herausgefunden, daß auf einem Bauerngrundstück doppelt so viel Leute wohnen als auf der gleichen Fläche eines Gutes und daß der kleine Bauer, der übrigens für den Militärdienst am geeignetsten ist, zwei- bis dreimal so viel Mindvieh, fünf- bis zehnmal so viel Schweine und Federvieh als der Gutsbesitzer auf der gleichen Bodenstrecke großzieht. Dabei darf durchaus nicht verkannt werden, daß der Großgrundbesitzer in mäßiger Zahl in jeder Provinz erhalten werden muß; denn ihm verdanken wir die gewaltigen Fortschritte, die in Ausnutzung des Bodens gemacht und weiter zu machen sind.

Einen weiteren Istbestand bildet auch die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begonnene Aufteilung der Gemeindeflecken und das bald darauf folgende Verbot der Waldweiden in den königlichen Forsten. Wer kennt heute noch aus eigener Anschauung das in der Schillerischen „Glocke“ so schön geschilderte Idyll: „Und der Rinder breitgestirnte, glatte Scharen kommen brüllend, die gewohnten Ställe füllend“? Ja, froh brüllend kamen diese glatten, weil gut genährten, durch den Aufenthalt im Freien erfrischten und gegen die heute so oft auftretenden Seuchen gefühlten Scharen und erfreuten auch die ihrer Ankunft harrenden Witwen und armen Landarbeiter, die sich durch diesen ihren Viehbesitz an die Scholle gebunden fühlten. Im Sommer holten diese Landarbeiter die Felder der Nachbargüter bestellen und die Ernte einbringen, und im Winter wurde von ihnen der Ernteseegen gegen den zehnten oder neunten Scheffel ausgedroschen. Auch fanden sie in den Staatsforsten reichlich lohnende Arbeit. Jetzt zieht ein großer Teil dieser Leute in die großen Städte, mehr dort die Sozialdemokraten oder den Janhagel und zwingt die städtischen Behörden jedes Jahr, den Stadtsäckel durch sogenannte Notstandsarbeiten, die man früher kaum kannte, zu belasten. Die Großgrundbesitzer aber stehen neuerdings vor der Gefahr, daß in den slawischen Ländern, was sogar die „Kreuzzeitung“ in Schreden setzt, die Umwerbung von Landarbeitern verboten wird und ein verderblicher Mangel an Arbeitskräften eintritt. Die infolge der Einschränkung der Weiden in Feld und Wald eingeführte Stallfütterung des Rindviehs hat zwar seine Ertragsfähigkeit, aber gleichzeitig seine Empfänglichkeit für die angeblich immer wieder vom Ausland eingeschleppten Seuchen gesteigert.

Wird die Regierung durchgreifen und durch Aufteilung von Domänen und von den durch den Staat nach und nach zu tausenden Gütern die Zahl der Insulten und kleinen Bauern zur Verhinderung des „Bauernlegens“ nicht als Eigentümer, sondern als Erbpächter durch das ganze Reich vermehren? Wird sie dem Wachsen der Fideikommissgüter entgegenwirken oder sie auf reichsgefehltem Wege überhaupt unerbittlich machen? Wird sie im Interesse der Volksernährung und der davon abhängigen Volksvermehrung jede weitere Steigerung der Lebensmittelpreise verhindern und bei den neuen Handelsverträgen die drückenden Zölle auf Lebensmittel auf ein erträgliches Maß herabsetzen?

Nur so, nicht durch die angeblichen kleinen Mittelchen wird sie auch die Zahl der Geburten wieder erhöhen und durch staatliche Fürsorge vor allem auch für die ärmsten und infolge der Gärten der Gesehe und der menschlichen Sorgen, unglücklichsten Gottesgeschöpfe, für die unschuldigen, unehelichen Kinder, die Kindersterblichkeit mindern. Die staatlichen Kinderhorte aber müßten in ländlicher Abgeschiedenheit errichtet werden, um die überkommenen elterlosen oder verarmten Eltern angehörigen Kinder für ländliche Arbeiten großzuziehen und aus ihnen Insulten oder kleine Bauern zu machen. Das dazu nötige Kapital könnte

in den einziehbaren Verpflegungsgeldern der Erzeuger und für den Anfang in den Überschüssen der Wehrsteuer gefunden werden.

Große und dringende Aufgaben hatten der Erledigung! — Werden sie ein großes, selbstloses, opferfähiges Geschlecht finden? Leicht wird die Arbeit nicht sein; denn sie wird noch immer auf den Widerstand der einflussreichen Großgrundbesitzer und ihrer Mitbeteiligten stoßen, welche die ihnen ungewohnten Minister zwar nicht wie die Römer den Gracchus zu erschlagen, aber doch zur Niederlegung des Amtes zu veranlassen verstehen. Und die Volksmassen? — Sie kennen auch heute ihren Vorteil nicht und lassen sich durch Schlagwörter blenden. Die großen Umwälzungen im Leben der Völker aber geschieht mehr durch die Kurzsichtigkeit der Mächtigen als durch die folgerichtige Klugheit der Massen.

Politische Übersicht.

Maßregelung eines evangelischen Geistlichen in Straßburg?

Die Mitteilung des „V. L. A.“ von der Maßregelung eines bekannten evangelischen Geistlichen in Straßburg durch die dortige Regierung hat in weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Es wird darüber in Nr. 681 des Berliner Blattes geschrieben:

„Bei der allgemeinen Tagung des Oberkonsistoriums der evangelischen Kirche für Elsaß-Lothringen hatte Pastor Dering bei der Predigt die Worte gebraucht, „die evangelische Kirche strebe nicht wie die katholische Kirche nach Macht“. Diese in Gegenwart der Regierungsvertreter gesprochenen Worte erregten das Mißfallen der Zentrums- und auch des Bischofs von Straßburg. Er hat bei der letzten Tagung des Verbandes „Caritas“ Gelegenheit genommen, zu erklären, die katholische Kirche betrachte sich stets als Dienerin. Außerdem hat der Bischof Dr. Frick bei der Regierung über diese Angelegenheit geführt und jetzt wird die Antwort der Regierung bekannt. Es wird darin die Mißbilligung der Regierung und ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Predigt des Pastors Dering eine derartige Äußerung enthalten hat.“

Da die Nachricht sonst nur noch in ultramontanen Blättern aufgetaucht ist, läßt sich die Quelle, aus der sie stammt, unschwer erraten. Um so eher aber hätte die elsass-lothringische Regierung Veranlassung nehmen sollen, sich zu äußern. Sie hat es nicht getan, obgleich Zeit genug gewesen wäre. Sie scheint also mit dem Inhalt und der Fassung der Straßburger Note, die doch nur aus dem Straßburger Bischofshofpalast stammen kann, einverstanden zu sein. Dann müßte man aber erst recht Beschwerde erheben, daß auf solchem Umweg die Öffentlichkeit von der Erledigung einer Angelegenheit erfährt, die zweifellos nicht ohne geringe Tragweite ist oder bleiben wird. Man wird verlangen dürfen, daß der angebliche Bescheid der Regierung im Wortlaut mitgeteilt wird, schon weil es nicht gleichgültig ist, ob wirklich eine Mißbilligung in dem Bescheid enthalten ist oder nur herausgelesen wird. In der Sache selbst gibt man sich ja offensichtlich in Straßburg keiner Täuschung hin. Ist wirklich eine Maßregelung erfolgt, was wir vorläufig noch nicht annehmen, so hätte man der künftigen Entrüstungsmache ultramontaner Treiber in einer Weise nachgegeben, gleich als wenn man nicht mehr in Frankreich wäre, derartiger Drohungen Widerstand entgegenzusetzen. Eine innerkirchliche Angelegenheit der evangelischen Kirche, über die im ganzen Lande nirgendwo wirkliche Erregung entstanden ist, wäre durch das Eingreifen der Regierung zu einer Haupt- und Staatsaktion ausgebaut worden, von der nur die Leute einen Vorteil hätten, die so wie so darauf aus sind, Elsaß-Lothringen zu einer weiteren ultramontanen Hochburg im Süden auszubauen. Oder wäre ein Regierungsurteil wirklich imstande, zu entscheiden, wer in der Frage des römischen Machtbegehrens recht hat: der evangelische Pfarrer, der sicherlich nur sagen wollte, was Duzende von Päpsten unendlich und offensichtlich festgelegt haben, oder der Bischof Dr. Frick, von dessen Machtstreben sogar die derzeitige ekklesiastische Regierung schon ein Probchen im Fall Rigeim kennen gelernt hat? Eins aber könnte eine regierungsseitige Maßregelung wäre sie wirklich erfolgt, in der Tat zur Folge haben, daß nun auch von

dieser Seite aus peinliche Schlüsse in den sowieso erregten nationalen Kreisen des deutschen Volkes gezogen würden. Schlüsse auf eine Nachgiebigkeit der Straßburger Regierung gegen unberechtigte Forderungen, die allerletztens Unwillen erregen und zu energischen Protesten führen müßten.

Konfessionelles Turnen.

Lebhafte Klagen über konfessionelle Scheidung in der Turnbewegung, die weit über den betroffenen Turngau hinaus Aufmerksamkeit verdienen, erhebt der Saar- und Biesgau der Deutschen Turnerschaft. Dort begnügen sich die ultramontanen Kapläne nicht, in ihren konfessionellen Jugendvereinen Turnabteilungen einzurichten, sondern sie warnen in kränkenden Auslassungen, selbst von der Kanzel herunter, vor den bösen Turnern und bemühen, die katholische Jugend der interkonfessionellen Turnerschaft abspenstig zu machen; ja man hat die Jugend selbst durch Anwendung von kirchlichen Strafen gezwungen, aus solchen Vereinen auszutreten. Die Vorsitzenden der Vereine versichern, alles getan zu haben, um das Einvernehmen mit der Geistlichkeit nicht zu stören. Völlig wirkungslos! In einem Orte hat nach zuverlässigen Angaben der katholische Geistliche den jungen Leuten verboten, in den Turnverein einzutreten und den Mitgliedern seines Junglingsvereins jeglichen Verkehr mit den Turnern untersagt. In einem anderen Orte wurde ein Junge vom Herrn Kaplan hart geprügelt, weil er Sonntagsnachmittags statt in die Christenlehre, zum interkonfessionellen Turnen ging (vormittags war der Junge in der Kirche!). In einem dritten Orte hat der Kaplan von zwei Jungen im Beichtstuhl verlangt, daß sie aus dem Turnverein austreten müßten, und wegen ihrer Weigerung ihnen die Abkündigung vorenthalten. Ein Pfarrer hat dem Turnverein seines Ortes von der Kanzel herab Vernichtung angedroht, ein Kaplan sogar in einer katholischen Frauenversammlung die Frauen und Mütter dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß ihre Männer und Söhne die Turnvereine meiden. Das alles läuft schmerzlos den Mahnworten des Kultusministers zuwider, die er im März 1912 über Jugendpflege sprach: „Die Vereine sollten sich nicht gegenseitig die Mitglieder abjagen; sie sollten ihre Werbekraft an die Jugend richten, die noch keinem der angestrebten Vereine angehört. Nicht in Feindschaft, sondern in ebrlichem, fröhlichem Wettkampf nebeneinander sollen sie nach der Palme ringen, das Beste für die Jugend in ihren Vereinen zu schaffen und zu leisten!“ Es wäre zu wünschen, daß diesen unfriedfertigen Herren Kaplänen im Saargebiet, deren unantwortliche Handlungsweise ein Schlag gleichermaßen gegen den konfessionellen Frieden wie gegen das nationale Interesse bedeutet, im Abgeordnetenhaus bei Beratung des Jugendpflegefonds einmal recht derb auf die Finger geklopft würde!

Deutsches Reich.

* Sinken der Fleischpreise? In vielen Orten des West- und Nordwestens und vereinzelt auch am Niederrhein ist ein Sinken der Preise für Schweinefleisch festzustellen. Die absteigende Tendenz wird aller Voraussicht nach längere Zeit anhalten, denn die Ställe sind meist stark mit fetten Schweinen angefüllt und die Nachfrage angesichts der billigen Ferkelpreise und der überaus reichen Kartoffelernte viel stärker als in den Vorjahren. Auch die Preise für Rindfleisch sind in der letzten Zeit nicht unerheblich gesunken. In den landwirtschaftlichen Teilen der Rheinprovinz ist die Viehhaltung durchweg erheblich stärker als in den Jahren 1912 und 1911. Die Viehaufläufer und Rehger gehen mit ihren Geboten für Schlachtvieh sehr stark herunter. Auch im Braunschweigischen sinken die Fleischpreise, wie das Ergebnis der Fleischverdingung für die Garnisonverwaltung in Wolfenbüttel zeigt.

* Wieder eine Stimme für den vollständigen Mittelkanal. Die Handelskammer Magdeburg gab in ihrer letzten Vollversammlung einstimmig folgende Erklärung ab. Die Handelskammer erhebt von neuem ihre Forderung auf Fortführung des Rhein-Hannover-Kanals bis zur Elbe,

Rus Kunst und Leben.

Neue Ausgrabungen auf Delos. In der französischen Akademie der Inschriften und der schönen Künste erhaltene Fougères, der Leiter der französischen archäologischen Mission in Athen, Bericht über die Ergebnisse der jüngsten Ausgrabungen auf Delos. Abgesehen von den Arbeiten letzten Jahres, die Freilegung der im Vorjahr entdeckten granitenen Palästra zu Ende geführt und im Laufe der Arbeiten die Möglichkeit geschaffen, den architektonischen Plan des ganzen Bauwerkes zu rekonstruieren. In den verschütteten Fundamenten fand man eine Reihe interessanter Gegenstände aus Holz, darunter auch eine Art Kiste, deren Inneres ein Rad enthielt; vielleicht handelt es sich dabei um eine Art primitiver Uhr oder um eines jener mechanischen Spielwerke, deren Beschreibung uns die Schriftsteller des alten Griechenland hinterlassen haben. Die große Verteidigungsmauer wurde im Verlaufe der weiteren Arbeiten freigelegt, und damit entstand auch die Möglichkeit, den Umfang der ursprünglichen Stadt auf das genaueste festzustellen. Nachdem die Ausgrabungen im Heiligtum des Apollo abgeschlossen sind, hat man in diesem Jahre mit der Erforschung der näheren Umgebung begonnen. Das Gelände des Heiligen Berges, auf dem nach der Mythologie Apollo und Artemis geboren wurden, war Gegenstand eines eingehenden topographischen Studiums. Dabei konnte festgestellt werden, daß der heilige Wald von einem sehr regelmäßigen Wegnetz durchzogen war. Man fand eine ganze Reihe von besonders angelegten Stätten, auf denen die zu Ehren der Gottheiten von Delos ausgehenden Prozessionen bestimmte Kulthandlungen vornahmen; jene Stätten erinnern an die Stationen des Passionsweges. Die mit Hilfe der Geologen fortgesetzten Forschungen führten zu der Feststellung, daß der oft zitierte Sturzbad Zonos tatsächlich vorhanden war. Es handelte sich um einen Bergfluß von beträchtlicher Größe, dessen Lauf im übrigen in späteren Zeiten wesentliche Veränderungen erfahren hat. Man fand die Überreste von zwei großen Wasseranlagen,

einem feinsten Bachanten nicht unähnlich sieht. Tierfiguren, Elefanten, Löwen, Vögel, dann das öfter wiederkehrende Drachennmotiv, in grüner Farbe phantastisch ausgeführt, dem Kopf ein fürchterlicher Ausdruck eingeprägt, gucken sie ins abendliche Gewölbe. Dazwischen gesprenkelt baumeln die vielen farbigen Papierlaternen, bald in runder, bald in länglicher Form, und mischen ihren bunten, weichen Schimmer unter die blendenden Scheine des elektrischen Lichts.

Jede Front ist eine kleine Galerie von vollständigen Sinnbildern, in figura dargestellt. Überall die schlanken, selten über einen Meter langen Kellamessenden, auf denen die großen japanischen Buchstaben sich wie kleine Zeichnungen ausnehmen. Vor dieser ganzen Maske der origineller Dinge verlieren sich die zwerghaften grauen einstämmigen Häuser selbst fast ins Unsichtbare. Nur die offenen niedrigen Interieurs der Bäden, die weder durch eine Wand noch durch sonst etwas von der Straße abgesperrt sind, leuchten mit ihrem Krimstrahl hervor. Jedes Haus der Stadt hat zu ebener Erde ein Geschäft oder eine Werkstatt; sie liegen frei vor dem Auge da. Vorn auf dem erhöhten Fußboden steht man in den Bäden mitunter die feierliche Gestalt eines würdigen Japaners, die Brille auf der Nase, über eine Zeitung gebeugt. Dichte Jüge der Passanten schlängeln sich ganz gemächlich daran vorbei. Hierliche Japanerinnen mit glänzenden kunstvollen Frisuren stecken die Köpfe hinein. Und wenn sie dann stehen bleiben, die Figuren vom Lampenlicht umflossen, mit feinem gemusterten Kimonos, mit blendend weichen Tabis an den Hüften, kann man sie für uralte Wesen aus einer Märchengeschichte halten.

Es gibt nur ein Kyo-to. Der Kamo, ein breiter Fluß mit flachem Bett, eilt sprudelnd hindurch und teilt die Stadt in zwei große Hälften. Eine große steinerne Brücke führt hinüber. Mehrere hölzerne Stege leiten den Fußgänger von einem Stadteil in den anderen; stillere Wege, mit Bäumen gesäumt, führen längs den Ufern fort. Und indem ich den Blick flussaufwärts richte, verschwinden Erinnerungen wie hinter einem mächtigen Vorhang. Nur ein Kyo-to gibt es. Heinrich Greter.

Kyoto.

Eine japanische Abendstimmung.

Kyoto, im Herbst.

Sah ich den alten Japaner dort im quirlenden Gedränge nicht schon öfter? Er ging barhäuptig, trug ein Bündel in der einen Hand, einen Stod in der anderen. Der magere Kopf war leicht vornüber geneigt. Die Holzandalen klappten in kurzen, schnellen Schritten auf dem harten Sandboden der Straße. Im Geben schlug der Kimono bisweilen dreier auseinander und enthüllte dünne, fehrne Beine. Hinter ihm her schritten Kinder drei, vier junge Herren mit Mähe und Hofama bekleidet, dem vollstimmigen Gewand, das aus der Ferne dem fälligen Frauenrod noch mitteleuropäischem Schnitt ähnelt.

Gang nach Hause stehen die Häuser einander gegenüber. Der bunte Aufputz von diebstahlsuchtigen eine Vermählung mit dem jenseitigen, so sehr scheint alles, was an die Wästen des Bürgertrüppes geklebt ist, nach der Mittellinie der Straße hin zu streben. Nicht selten entdeckt man unter dem Jieat die fleischig gemalte Gestalt des japanischen Glücksgottes. der

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Abend-Ausgabe gedruckt von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gerne:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6550-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachten. — Bezahlungen werden ausserdem entgegen: in Wiesbaden bei der Druckerei Langgasse 21, sowie bei Kassenstellen in allen Teilen des Reichs; in Berlin: bei der Druckerei Langgasse 21 und in den benachbarten Vertriebsstellen und im Rheinland bei den betreffenden Tagblatt-Verlegern.



Anzeigenpreis für die Seite: 15 Hg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Münsterischer Anzeiger“ in einheitlicher Spalte, 20 Hg. in besonderen Anzeigen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen: 20 Hg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Hg. für lokale Kleinanzeigen; 2 Hg. für auswärtige Kleinanzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, barocke, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unbenutzter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Einzelnummern: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Amt Lützow 5788. Für die Aufnahme von Anzeigen an verordnungsgegenständlichen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 19. Dezember 1913.

Abend-Ausgabe.

Nr. 592. • 61. Jahrgang.

Eine neue Kirchenmaßregelung.

Die in der heutigen Morgenausgabe gemeldete Nichtbestätigung der Wahl des Pfarrers Fuchs-Müllers zum Nachfolger Traubs in der Reinoldi-Gemeinde zu Dortmund wird nicht verfehlen, erhebliches und peinliches Aufsehen zu erregen. Nach Fuchs Traub, nach Traub Fuchs — die evangelische Orthodoxie ist auf dem besten Wege, die Gedankenfreiheit völlig aus der Landeskirche auszuschalten. Der protestantische Geist wird immer mehr verdrängt, katholischere und unchristliche Elemente im Pfarrertum. Die Schwärze des Münsterlandes übt eine anstößende Wirkung aus!

Es ist das Königl. Konsistorium zu Münster, das der Reinoldi-Gemeinde die Bestätigung des von ihr rechtmäßig gewählten Pfarrers verweigert hat. Münster ist nicht nur eine Zentrale des Ultramontanismus, dort ist auch die evangelische Kirchenbehörde ganz besonders scharf gegen liberalisierende Elemente im Pfarrertum. Die Schwärze des Münsterlandes übt eine anstößende Wirkung aus!

Die Nichtbestätigung des Pfarrers Fuchs seitens des Münsterischen Konsistoriums ist um deswillen erfolgt, weil er wegen seiner Stellungnahme gegen das Spruchkollegium aus Anlaß des Falles Traub für den Dienst in der preussischen Landeskirche nicht geeignet sein soll. Da Fuchs in seinen Anstellungen war, so muß nämlich nach einem veralteten Gebrauch erst ein Kolloquium mit ihm stattfinden, ehe seine Bestätigung erfolgen kann. Es ist ja an sich schon eine wunderliche Erscheinung, daß hinsichtlich der Anstellung eines Geistlichen einer christlichen Kirchengemeinschaft die engen Landesgrenzen eingehalten werden, während sich doch das Christentum über alle Welt erstreckt soll! Aber die Art und Weise, wie hier jene Bestimmung benutzt worden ist, um einen des Liberalismus verdächtigen Pfarrer der Gemeinde vorzuenthalten, die ihn zu ihrem Seelsorger haben will, ist im hohen Maße bedenklich. Es kommt, um den Fall noch unerfreulicher zu gestalten, hinzu, daß das Konsistorium schon vor vielen Monaten — die Bestätigungssache schwebt schon lange Zeit, auch eine angenehme Spezialität der Kirchenbehörde! — bei dem Pfarrer Fuchs angefragt hat, ob er die Erklärung beifügen wolle, daß gegen das Spruchkollegium und sein Verfahren im Fall Traub mit unterzeichnet habe und, im bejahenden Fall, ob er diese Erklärung widerrufen wolle. Von der Antwort des Pfarrers Fuchs sollte es abhängen, ob jenes Kolloquium stattfinden würde oder nicht. Fuchs hat natürlich seine Unterzeichnung nicht widerrufen, vermutlich hat dann formell das Kolloquium stattgefunden, aber die Verlegung der Bestätigung dürfte ja wohl schon beschlossene Sache gewesen sein, wie auch das Kolloquium ausfiel.

Die „Königliche Zeitung“ hebt in einer Besprechung des Aufsehens erregenden Falles mit Recht hervor, daß das Münsterische Konsistorium hier scharfer vorging als selbst der evangelische Oberkirchenrat. Diese oberste Behörde der evangelischen Kirche erteilte zwar

den 150 mutigen evangelischen Pfarrern, die eine geharnischte Einspruchserklärung nach der Verurteilung Traubs erlassen hatten, eine Rüge, hatte aber ausdrücklich weitergehende Maßnahmen abgelehnt mit Hinweis auf die in erregten Zeiten begreifliche Stimmung auch sonst „einfichtiger und gewissenhafter Männer“. Nun war aber Pfarrer Fuchs gar nicht einmal Untergeordneter des preussischen Kirchenregiments, als er seinen Namen unter die Einspruchserklärung gegen die Einrichtung des Spruchkollegiums setzte, es lag also gar kein zwingender Grund vor, gegen diesen Mann vorzugehen, der sich noch gar nicht „undisziplinierter“ gegen die preussische Kirchenbehörde benommen hatte.

Offenbar will man in Münster aber den Krieg auf der ganzen Linie gegen den kirchlichen Liberalismus. Daß in einem solchen Verfahren nicht der echte Geist des Protestantismus liegt, der vor allen Dingen das Recht der Gemeinde auf die Auswahl der Geistlichen festhalten will, liegt ohne weiteres auf der Hand; das Vorgehen ist aber auch vom rein faktischen Standpunkt aus so verfehlt wie nur denkbar. Es gibt wieder Wasser auf die Mühlen der kirchlichen Autokratie. Die Auffassung in weiten Kreisen der evangelischen Bevölkerung wird nach diesem Streich der Orthodoxie noch anwachsen, daß in der evangelischen Gemeinde eine geistige Vorwärtseentwicklung, eine Duldsamkeit gegenüber neuen Erkenntnissen ebenso wenig geübt werde wie in der katholischen Kirche. Wir würden uns nicht wundern, wenn der Fall Fuchs von gewissen Agitatoren des Kirchenaustritts dazu benutzt würde, um wiederum Laufende zu der Erklärung zu bewegen, daß auch sie der Kirche den Rücken kehren wollen. Die Orthodoxie hat hier wieder einmal einen „Sieg“ davon getragen und einen „Gegner“ zur Strecke gebracht — noch eine Reihe weiterer solcher „Siege“ — und ihr wird vor den Folgen bange werden.

Die Abgaben zum deutschen Wehrbeitrag.

Der im kommenden Jahre zur Abgabe gelangende Wehrbeitrag wirkt seine Schatten schon jetzt voraus; die bestehende statistische Tabelle über diese Milliarden-Wehrsteuer dürfte daher allgemeinem Interesse begegnen. Vom Wehrbeitrag wird das auch sonst der regulären Besteuerung unterliegende Vermögen betroffen. Neben den natürlichen, steuerpflichtigen Personen des Deutschen Reichs sind die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit ihrem Reiervermögen steuerpflichtig. Für die Steuer ist der Vermögensbestand am 31. Dezember 1913 maßgebend; wichtig ist, daß die Tausende nach unten abgerundet werden dürfen, z. B. 11 800 — 11 000 M. Für Grundstücke wird der Ertragswert (das 25fache des Miets- bezw. Pachttrages) berechnet, nach dem Abzug von 20 Prozent für Instandhaltungskosten. Wertpapiere werden nach dem Kurswert des 31. Dezember 1913, solche ohne Börsenkurs nach dem Verkaufswert berechnet. Eine Ermäßigung bei den kleineren Einkommenbeiträgen findet nur statt, wenn drei oder mehr Söhne vorhanden sind, die

ihrer Dienstzeit genügen oder genügen. Interessant ist, daß alle die Personen und Gesellschaften, welche sich bisher bei der Einkommensteuerveranlagung zu niedrig eingeschätzt hatten, bei einer jetzt erfolgenden Richtigstellung strafflos ausgehen. — Die Tabelle dürfte um so mehr Beachtung finden, als gerade heute auch hier in Wiesbaden die Aufforderungen der Steuerbehörde zur Veranlagung des Wehrbeitrags durch die Post zugestellt worden sind.

1. Wehrbeitrag vom Vermögen:

Für 10 000 M. 15.— M. Beitrag,	
11 000 „ 16.50 „	
usw. bis 50 000 M. für je 1000 M. stets 1.50 M. mehr.	
Für 50 000 M. 75.— M. Beitrag,	
51 000 „ 76.50 „	
usw. bis 100 000 M. für je 1000 M. stets 3.50 M. mehr.	
Für 100 000 M. 250.— M. Beitrag,	
101 000 „ 251.— „	
usw. bis 200 000 M. für je 1000 M. stets 5 M. mehr.	
Für 200 000 M. 750.— M. Beitrag,	
201 000 „ 751.— „	
usw. bis 500 000 M. für je 1000 M. stets 7 M. mehr.	
Für 500 000 M. 2850.— M. Beitrag,	
501 000 „ 2851.— „	
usw. bis 1 000 000 M. für je 1000 M. stets 8.50 M. mehr.	
Für 1 000 000 M. 7100.— M. Beitrag,	
1 001 000 „ 7101.— „	
usw. bis 2 000 000 M. für je 1000 M. stets 11 M. mehr.	
Von 2 000 000 bis 3 000 000 M. für je 1000 M. stets 13 M. mehr.	
Von 3 000 000 bis 5 000 000 M. für je 1000 M. stets 14 M. mehr.	
Über 5 000 000 M. für jede 1000 M. stets 15 M. mehr.	

2. Wehrbeitrag vom Einkommen:

Die Abgabe von	5100 bis	11 000 M. beträgt 1 Prozent,	
„ „ „	10 100 „	15 000 „	1,2 „
„ „ „	15 100 „	20 000 „	1,4 „
„ „ „	20 100 „	25 000 „	1,6 „
„ „ „	25 100 „	30 000 „	1,8 „
„ „ „	30 100 „	35 000 „	2 „
„ „ „	35 100 „	40 000 „	2,5 „
„ „ „	40 100 „	50 000 „	3 „
„ „ „	50 100 „	60 000 „	3,5 „
„ „ „	60 100 „	70 000 „	4 „
„ „ „	70 100 „	80 000 „	4,5 „
„ „ „	80 100 „	100 000 „	5 „
„ „ „	100 100 „	200 000 „	6 „
„ „ „	200 100 „	500 000 „	7 „
„ „ „	500 100 „	und darüber	8 „

Die Zahlung kann in drei Raten erfolgen; 1/3 muß binnen drei Monaten nach Zustellung der Veranlagung, das zweite Drittel bis 15. Februar 1915 und der Rest bis 15. Februar 1916 gezahlt werden.

Frei vom Wehrbeitrag sind: 1. Einkommen (Verdienst, Zinsen) unter 5000 M.; 2. Vermögen a) unter 10 000 M., b) bis 30 000 M., wenn Einkommen nicht über 4000 M. beträgt; c) bis 50 000 M., wenn Einkommen nicht über 2000 M. beträgt.

Berufungen.

In Anerkennung der besondern Belastung, die den Steuerpflichtigen durch die Abgabe des Wehrbeitrags auferlegt wird, sind die Behörden besonders angewiesen worden, über die

Gespräche Napoleons.

Der Erforschung des mächtigen Daseins, das unsere neuere Geschichte kennt, hat H. M. Kirckhoff eine ganze Lebensarbeit gewidmet. Die ungeheure, gar nicht mehr zu überschauende Masse der Napoleonliteratur hat er jedenfalls am genauesten unter den Lebenden sich angeeignet. Auf über 20 000 Werken und Schriften baut sich Kirckhoffs Biographie des Napoleonischen Zeitalters auf. Eine umfassende Geschichte Napoleons, die alle vorhandenen Werke an Ausführlichkeit übertrifft, ist im Erscheinen begriffen (im Verlag von Georg Müller in München), in zahlreichen Einzelpublikationen hat sich der Verfasser, dem seine Gattin als fleißige Mitarbeiterin zur Seite steht, mit seinem großen Thema beschäftigt. So hat seine dreibändige Auswahl aus den Briefen des großen Mannes (Verlag Robert Lutz, Stuttgart) weiteste Verbreitung gefunden. Ein neues, vielleicht noch bedeutungsvolleres Unternehmen liegt nun vollendet vor. Zum erstenmal hat jetzt Kirckhoff auch die Gespräche Napoleons, wie sie in zahlreichen Memoirenwerken und unendlichen Quellen zerstreut sind, dem allgemeinen Interesse der Gebildeten, das mehr als früher danach verlangt, durch eigenes, aus diesen Quellen selbst geschöpftes Urteil sich über die großen Probleme jener Epoche zu unterrichten, zugänglich gemacht. Im Verlag von Robert Lutz in Stuttgart, dessen Napoleonbücher schon eine ganze Bibliothek ausmachen, ist auch diese Publikation in drei Bänden erschienen.

Bis zum Jahre 1807, also recht eigentlich bis zum Höhepunkt seiner mächtigen Laufbahn, wo Europa Napoleon besiegte zu Füßen lag und der Staat Friedrichs des Großen sich gebemüht beugen mußte, führte der erste Band. Im zweiten begleiten wir den Weltkaiser durch die Jahre 1808 bis 1814; scheinbar steigt sein Stern empor zu noch schwindender Höhe, in Wirklichkeit beginnt mit der spanischen Ge-

waltspolitik sein Abstieg. Noch vielseitiger ist der Inhalt dieses Bandes. Nicht nur politische Fragen von mächtiger Tragweite kommen hier zur Erörterung; aus dem Erfurter Kongress verkehrt der Weltkaiser mit den Geistesgrößen der deutschen Literatur als schriftstellerischer Kollege, der, wie spielend, die geistreichsten Dinge fundiert, das moderne Christentum mit einem Witzwort streift, Probleme der Tacituskritik erörtert, die unsere Zeit erst recht zu werten vermag, durch rückhaltlose Bewunderung des deutschen Genius das unterworfen Volk sich innerlich zu gewinnen hofft. Und doch zeigen andere Stellen, wo er verächtlich über die deutschen Ideologen äußert, wie wenig er diesen Geist verstand, dessen Aufwachen ihm den Untergang bringen sollte. Und ähnliche Kurzsichtigkeit gegenüber den geistigen Inponderabilien zeigt er in den spanischen Angelegenheiten, wie bei dem gescheiterten Eingreifen in die religiösen Gefühle des französischen Volkes durch die Gefangenhaltung des Papstes. In beide Gebiete seiner Politik gewinnen wir durch diese Gespräche die lehrreichsten Einblicke. Die bedeutungsvolle Unterredung dieses Landesoberen ist wohl die große Diskussion mit Metternich in Dresden, die uns die tieferen Ursachen von Napoleons Sturz enthüllt und den furchtbaren Jynismus des menschenopfernden Dämons erschreckend offenbart. Und dann weiß der Rätselvolle wieder durch rein menschliche Lebenswürdigkeit zu bezaubern. Dem gestürzten Titanen gilt dann der Abschiedsband dieser Sammlung: Holte Hoffnungen und Entwürfe zu Eba und während der 100 Tage, dann im Exil der Äden Hesperien die Witterkeit der Anklagen und die immer wiederkehrenden Versuche, dieses gewaltige jenseits von Gut und Böse nur der Nacht hingebende Leben zu rechtfertigen durch die Ideale des Kaiserglücks.

Auch der Laie, der sich in diese Dokumente vertieft, um den Spuren des Genius nachzugehen, wird fühlen, mit welcher Vorsicht alle solche Äußerungen des Augenblicks aufzunehmen

sind, daß Napoleon selbst oft genug in ihnen sein eigenes Wesen verhielt, um es an anderen Stellen um so rückhaltloser zu offenbaren, daß ferner auch die Berichterhalter nicht immer zuverlässig sind, beeinflusst von allerlei Eitelkeiten. Der Herausgeber läßt die Texte für sich reden, der Leser aber, der sie in richtigem Sinne sich aneignet, wird bleibenden Gewinn ernten.

Berliner Theaterbrief.

Georg Büchner-Nachfeier.

Das Lessingtheater veranstaltete einen literarhistorischen Abend und brachte zur Nachfeier des hundertsten Geburtstags von Georg Büchner dessen Fragment „Woyzeck“ und das romantische Lustspiel „Leonce und Lena“ auf die Bühne. Aber die literarhistorische Bedeutung wuchs die Aufführung weit hinaus zu lebendigen Stunden. Man fühlte die Gegenwart einer genialen, fast unheimlichen Natur. Und dieser Dichter starb unerkannt mit vierundzwanzig Jahren.

Woyzeck ist ein Torso aus ganz kurzen abgerissenen Szenen. Büchner wollte hier das Elend einer armen, dumpfen Kreatur veranschaulichen, er gibt das Bild eines Getriebenen, eines Soldaten, der von allen maltrahiert wird, den sein Räbel betrügt, den sein in Männlichkeit frohender Rivale auch noch mißhandelt, der zum Würger wird und sich dann selber aus der schlimmen Welt stiehlt. Wie die Ausschnitte auf dem Prospekt einer Schaubude sind die Einzelsituationen, worfara nur mit bildhafter Wirkung. Das Bedeutame dabei scheint, wie trotzdem die Gestalt des Geschöpfes der Niederung eine tiefe Charakteristik bekommt und über die enge Sphäre hinauswächst zu einem leidenden Menschenbruder.

Er ist ein Bekommener und Bedrängter, aber — und darin liegt die Tragik — er hat nicht etwa die glückselige Einsicht der geistig Armen, der Gotteskinder. In seinem ver-

Veranlagung zum Wehrbeitrag eingehende Verurteilungen sofort zu erledigen und etwa zu viel erhobene Beiträge umgehend zurückzuerstatten. Die Zurückerstattung der zu viel erhobenen Beiträge hat zu erfolgen, sobald das Nachmittelsverfahren ergeben hat, daß der veranlagte Wehrbeitrag zu ermäßigen ist. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat unverzüglich die Zustellung der Entscheidung an den Beitragspflichtigen zu veranlassen und gleichzeitig die Hebestelle mit entsprechender Nachricht zu versehen. Diese hat die Zurückerstattung zu viel erhobener Beitragsteile und etwa zu vergütender Zinsen sofort in die Wege zu leiten. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat auch hinsichtlich der gestundeten Beiträge und wegen der erforderlich werdenden Freigabe geleisteter Sicherheiten das Erforderliche zu veranlassen. Wegen des Ergebnisses der Veranlagung steht den Beitragspflichtigen, nicht aber den Vorsitzenden der Veranlagungskommission, die Berufung an die Veranlagungskommission und gegen deren Entscheidung die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu. Die Bearbeitung der Verurteilungen gegen die Veranlagung zum Wehrbeitrag muß bei den Behörden getrennt von anderen Verurteilungen erfolgen. Sie darf nicht mit der mit einer vom Beitragspflichtigen gleichzeitig eingebrachten Berufung gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer oder Ergänzungsteuer verbunden werden. Maß zunächst hinsichtlich der Staatssteuern im Einspruchsverfahren eine Entscheidung der Veranlagungskommission ergehen, so soll diese alsbald herbeigeführt werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Verurteilungen im Wehrbeitragsverfahren so schnell wie möglich zu erledigen sind. Die Ausfertigung der Entscheidung darf nicht mit den auf andere Steuerarten sich beziehenden Entscheidungen verbunden werden, während der gleichzeitigen Zustellung verschiedener Entscheidungen natürlich nichts im Wege steht.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal. Nachrichten. Prinz Friedrich von Preußen, der jüngste von den vier Söhnen des deutschen Kronprinzen, wird heute 2 Jahre alt.

* Eine Vermittlung der Regierung im Streit der Krankenkassen und Ärzte. Der Staatssekretär des Innern empfing gestern, wie schon kurz in der heutigen Morgenausgabe gemeldet, im Beisein des preussischen Handelsministers, des Landeswirtschaftsministers und des Ministers des Innern die Geheimen Medizinalräte Professoren Dr. Passow, Dr. Oetz und Dr. Krauß von der Berliner Universität, welche im Namen der medizinischen Fakultäten der deutschen Universitäten der Regierung den dringenden Wunsch aus Herz legten, bei dem Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen sich des ärztlichen Standes im Rahmen der bestehenden Gesetze wohlwollend anzunehmen. Mit den Vertretern der Fakultäten wurde das für und wider der Standpunkte der Krankenkassen und der Ärzte durchgesprochen, und der Staatssekretär des Innern erklärte seine Bereitwilligkeit, Ausgleichsverhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen herbeizuführen, sofern beide Teile damit einverstanden seien. Es wurde den Vertretern der Fakultäten eine Skizze vorgelegt, die nach Ansicht der Regierung als Grundlage für solche Verhandlungen dienen könnte. Falls die Beteiligten bereit sind, in diese Verhandlungen einzutreten, müßte überall, wo es zu Vertragsabschlüssen zwischen Ärzten und Kassen noch nicht gekommen ist, zunächst mit Geltung vom 1. Januar 1914 ab, ein dreimonatiger vorläufiger Zustand auf der Grundlage der zwischen den Kassen und den Ärzten gegenwärtig geltenden Bestimmungen vereinbart werden, damit Zeit zur Verhandlung gewonnen wird. Die Vertreter der medizinischen Fakultäten übernahmen es, in diesem Sinne mit den ärztlichen Organisationen in Verbindung zu treten.

* „Wir wollen ein Königreich Hannover.“ Die Deutsch-Hannoversche Partei hat mit großem Eifer ihre Agitationsarbeit aufgenommen. Am Sonntag hielt der Reichstagsabgeordnete Herr v. Scheele in seinem Wahlkreis Nienburg eine Rede, die für die weilsche Agitationsarbeit recht charakteristisch ist. Nach dem Nienburger Weilsblatt, dem „Deutschen Volksboten“, ist Freiherr von Scheele mit der Lage, wie sie durch den Regierungsantritt des Herzogs von Braunschweig geschaffen worden ist, vollkommen zufrieden, so sehr, daß er in Aussicht stellt, die Weilsenpartei werde sich in ihrem Kampfe gegen den Bundesstaat Preußen jetzt konzentrieren verhalten, jedoch fügte er hinzu: „Wir wollen ein Königreich Hannover und können uns freuen, daß wir jetzt

so weit sind. Reicht hätte es noch anders kommen können; etwa so, daß man Teile von Hannover zu Braunschweig legte; das wäre ohne Verzicht nicht abgegangen. Jetzt aber haben wir reinen Tisch. Der Prinz hat nichts, aber auch gar nichts von seinen Rechten auf Hannover aufgegeben.“ Die Erklärung, die der Prinz abgegeben hat und in der der Prinz im Sinne der Weilsenpartei „reinen Tisch gemacht“ hat, ist offenbar in Ömunden Gegenstand langer Beratungen gewesen, an denen auch Freiherr von Scheele teilgenommen hat. Es scheint dabei auch die Erwägung eine Rolle gespielt zu haben, daß der Prinz vorläufig noch nicht Träger der weilschen Thronansprüche ist. Freiherr von Scheele berichtet darüber folgendes: „Ich möchte darauf hinweisen, daß Sr. Königl. Hoheit Prinz Ernst August eigentlich nach gar keine Rechte auf Hannover besitzt. Als in Ömunden sich das Gespräch um diese Frage drehte, sagte unser Herzog Ernst August: Ich bin doch auch noch da!“ Im diesen Ausdruck des Herzogs recht deutlich zu unterstreichen, fügte Herr v. Scheele hinzu: „Solange unser Herzog lebt, ist er der Träger unserer Hoffnungen, und er wünscht, daß wir den Kampf weiter fortsetzen.“ Diese Willensbekundung des Herzogs von Cumberland löste in der weilschen Versammlung fürstlichen Beifall aus. Während Herr v. Scheele in der Hauptrede die Ansprache des Herzogs von Cumberland verteilte, beschäftigte sich der zweite Redner der Versammlung, der Vorsitzende und Bürgermeister Müller, mit der Rolle, die die Weilsen dem Herzog von Braunschweig zuschreiben, wobei er u. a. bemerkte: „Der münchener Herzog von Braunschweig steht bei aller Loyalität genau auf demselben Standpunkt wie sein königlicher Vater.“ — Man darf gespannt sein, was der Reichstagsabgeordnete im Reichstag zu diesen Nienburger Weilsreden sagen wird.

* Erzbischof Dr. Hartmann über die christlichen Gewerkschaften. In einer Versammlung von 200 katholischen Geistlichen der Erzbischöfe Köln hielt Erzbischof v. Hartmann eine bemerkenswerte Ansprache. Er erklärte, es müßte wohl verlangt werden, daß die katholischen Mitglieder der Gewerkschaften sich auch den katholischen Arbeitervereinen anschließen. Indes sei es Pflicht der katholischen Geistlichen, die christlichen Gewerkschaften zu fördern, weil nach Lage der Verhältnisse für den Westen die christlichen Gewerkschaften besonders in Frage kämen.

* Eine Erbschaft zum heilschen Landtag. Bei der gestrigen Landtagswahl im 4. Wahlkreis der Provinz Starkenburg (Waldmühlbach) erhielten der Kandidat der Nationalliberalen Müller 870, der der Sozialdemokraten Hafenzahl 928, der Kandidat des Zentrums Hofmann 858 und der der Fortschrittlichen Volkspartei Garnier 430 Stimmen. Währen findet Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen und dem Sozialdemokraten statt.

* Ein Freispruch über zur Milderung der Klassen-gegenstände ist auf Antrag des Württembergischen Goethebundes und mit Mitteln, die von ihm zur Verfügung gestellt worden sind, vom 13. Delegiertenkongress der deutschen Goethebünde 1913 beschlossen worden. Die Preisfrage und die Bedingungen lauten: Was hat zur Milderung der Klassen-gegenstände beigetragen, welche heute die aufeinander angelegenen Kreise unseres Volkes weit mehr trennen, als in den natürlichen Verhältnissen begründet ist. Es werden drei Preise ausgesetzt: 5000, 2000 und 1000 M. Die Arbeiten sind bis spätestens 31. Dezember 1914 an den Vorsitzenden des Württembergischen Goethebundes in Stuttgart einzusenden.

* Sebels früheres Leipziger Geschäft in Konkurs. Über das Vermögen des Kaufmanns Artur Hermann Ferdinand Jhleib, Inhabers der von August Sebels 1876 gegründeten und lange Jahre hindurch geleiteten Fabrik für Zirk- und Feinzerbschläge Jhleib u. Sebels in Leipzig, Hauptmannstraße 5, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Im Jahre 1881, als Sebels aus Leipzig ausgewiesen wurde, trat er aus dem Geschäft aus, das Jhleib allein weiterführte, und das bisher in der Familie Jhleib blieb.

* Zum Schutze der Kinder bei öffentlichen Schaulustungen. Die bekannte Adoliner Löwengeschichte hat in Rom einen neuen Regierungserlass gezeitigt, nach welchem solche Schaulustungen, bei denen eine Gefährdung von Gesundheit und Leben der Schaulustler zu befürchten ist, unter keinen Umständen zugelassen werden dürfen. Ein allgemeines Verbot für die ganze Monarchie durch den Minister wäre wohl wirksamer.

* Was der „Vorwärts“ verschweigt! Auf eine Bude in der Chronik des „Vorwärts“ macht die „Germania“ schonend aufmerksam: Der „Vorwärts“ hat bis jetzt über die Unter-

haltung des Kaiserpaars mit dem „Genossen“ Witt in München noch nicht berichtet.

* Zur Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung der Schüler gewerblicher Hochschulen. Die Reichsminister haben den Erlass vom 15. Januar 1913 dahin erweitert, daß nicht nur die Schüler der handlichen und handlich unterrichteten Gewerkschulen und Kunstgewerblichen Unterrichtsanstalten, sondern auch die Schüler der übrigen handlichen oder handlich unterrichteten gewerblichen Hochschulen (z. B. Maschinenbauhörsen, Hörschulen für Textil-, Eisen-, Industrie, Handwerkschulen), die Erfüllung der sonstigen Bedingungen vorausgesetzt, gemäß § 80, 6a B. O., auf Grund besonderer hervorragender gewerblicher oder kunstgewerblicher Leistungen in der Schule zur erleichterten Prüfung für den einjährig-freiwilligen Dienst zugelassen werden dürfen. Die gleiche Vergünstigung kann auch den Schülern anderer gewerblicher Hochschulen gewährt werden, sofern diese Schulen von den zuständigen Ministern als den handlichen und handlich unterrichteten gewerblichen Hochschulen gleichwertig anerkannt worden sind. Wegen der Anerkennung solcher Anstalten soll an den Kriegsminister und den Minister des Innern berichtet werden.

Parlamentarisches.

* Staatssekretär Delbrück über die Zulassung der Erschlaffen. Auf die kurze Anfrage des Abgeordneten Morawski (natl.) im Reichstag über die Zulassung von Erschlaffen zu der Krankenversicherung hat Staatssekretär Dr. Delbrück eine schriftliche Antwort erteilt, in der es u. a. heißt: „Dem Reichstagsrat ist bekannt, daß zurzeit noch keine Erschlaffen der Krankenversicherung durch das Reichsversicherungsamt zugelassen worden ist. Es wird aber voraussichtlich schon in den nächsten Tagen die Entscheidung für eine Anzahl solcher Kassen getroffen werden. Dies gilt auch insbesondere von der Kranken- und Begräbniskasse des Verbandes deutscher Handlungsgesellschaften in Leipzig. Das Gesetz geht nicht davon aus, daß sämtliche ehemaligen freien Hilfskassen, die den Antrag gestellt haben, auch schon bis zum 1. Januar 1914 zugelassen werden müssen. Bis zur Zulassung als Erschlaffen, längstens bis zum 30. Juni 1914, bleibt die Versicherung in Kraft, so daß die Mitglieder der ehemaligen Hilfskassen außerhalb der gesetzlichen Krankenkassen bleiben. Sobald die Zulassung als Erschlaffen erfolgt ist, erfolgt die die Versicherung; die Mitglieder treten in die gesetzliche Krankenkasse ein, sie selbst oder für sie ihre Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit haben oder noch bis zum zweiten Jahrtage der gesetzlichen Krankenkasse Zeit, den Antrag auf Rückerstattung ihrer Rechte und Pflichten bei der gesetzlichen Krankenkasse zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so sind die Mitglieder bis zum Beginn des nächsten Kalenderjahres mit Ablauf des Monats an die gesetzliche Krankenkasse gebunden und beitragspflichtig. Die vom Gesetz vorgesehene Frist bis zum zweiten Jahrtage muß als ausreißend angesehen werden. Eine Verlängerung derselben, daß eine sämtliche Versicherung nach § 70a des Krankenversicherungsgesetzes ohne Rücksicht auf den Tag der Zulassung des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit als Erschlaffen bis zum 30. Juni 1914 gelten würden, kann nicht in Aussicht gestellt werden.“

* Ein Antrag betr. Kongregationen in der Zweiten Reichstagskammer. Die Zweite Reichstagskammer beriet in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag des Abg. Dr. Schmitt (Ztr.) und Genossen, betreffend die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen. Der Antrag lautet, daß die Zweite Reichstagskammer beschließen wolle, an die großherzogliche Regierung das Ersuchen zu richten, den Landständen eine Gesetzesvorlage zukommen zu lassen, durch welche die Gesetze vom 20. April 1875 und 1. Juni 1895, die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen betreffend, abgeändert werden und namentlich die schweren Ausnahmen von dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ beseitigt oder doch insoweit gemildert werden, daß den Ordensleuten eine freiere Tätigkeit in religiöser, charitativer und sozialer Hinsicht ermöglicht wird. — Der Minister des Innern v. Hammerstein zu Vach erklärte, die Regierung habe sich in ihrem entgegenkommenden Standpunkt gegenüber den Wünschen der Antragsteller davon leiten lassen, daß eine Milderung der bestehenden Bestimmungen den konfessionellen Frieden nicht gefährde. Von den Rechten des Staates in den Religionsangelegenheiten werde nichts vergeben, da an dem Grundsatz der Staatsanwaltschaft und an der Regel des Artikels 1 des Gesetzes, wonach neue Niederlassungen in Hessen grundsätzlich verboten seien, festgehalten werde. — Die Kammer nahm darauf den Antrag Schmitt und Genossen einstimmig an.

Heer und Flotte.

* Die Abschiedsfeier der Zietenkavallerie für den Herzog Ernst August von Braunschweig. Zu Ehren des Herzogs von

quollenen Gehirns rumort es und gärt es. Man kann es nicht bedenken nennen, dazu ist dieser schwer verblühte Schädel zu dunkel, aber es prallt von Ahnungen und Ängsten, es plagt ihn wie böse Geister. Und seine Existenz mit aller ihrer Qualerei und Mühsal liegt ganzschwer auf ihm und verfolgt ihn als Alp im Traum. Und ihm, der nur stammeln und dumpf grübeln kann, ohne sich wie ein geistig überhebender durch Ausprüche oder durch reinigenden Gedankenprozeß auseinanderzusetzen zu können mit seinen Gedanken, fehlen alle befreienden Ventile. So taumelt er in seinen blutigen-finsternen Untergrund.

Dies innerliche Trauerspiel kommt vollkommen zur Mitteilung und Wirkung. An den „Zufmann Henschel“ erinnert die Komplexion des Wogzel-Typus, und man möchte auch an manche Gestalten Dostojewskis denken, die in der dicht verhangenen Dämmerung ihrer inneren Gefühlsgänge durch phosphoreszierendes Zitterlichtern geangstet werden, ohne Erlösung und Erlösung zu erlangen.

Oben lag ich ein Beispiel dafür in der Novelle „Der Doppelgänger“, die mit dämonisch zwingender Gewalt das Augen-Zug-Gesicht, das im weilschen Sinne „Verzerrt“ werden eines aufgebürsteten, angefreßenen Gesichts schildert. Und fast noch dämonischer packen die begleitenden Zeichnungen Kubins, die in ihrem jugend-trübseligen Strich, ihren schattenhaft-schwankenden Linien, ihrer gallertartigen Auflösung aller festen Form die parabolischen Phantasien zum Ausdruck bringen.

Auch für Bühnen ist die bildhafte Darstellung viel. Die Verwandlungen der Drehbühne liegen in gleichsam guckkastenartigen Ausschnitten die Szenen abrollen. Ihre Realität bestimnt dadurch etwas von Traumgesichten. Verwandt erscheint das der Kammermusik-Aufführung von „Frühlings Erwachen“, es leiten so auch sonst innere Töne von Bühnen zu Bedenken. Erschlaffen war Steinrück als Wogzel, im Trübsinn der Dienstbarkeit, mit zerfüttertem Gesicht,

* 1) Wogzel, H. Wipert u. H.

hohlen, verschlungen Augen und einem Mund, der reden

möchte und nicht kann, eine verprügelte Menschlichkeit, und dabei in der elenden verfallenen Seele hungernd und dürstend nach der Gerechtigkeit.

Das alles dann stark. Und darnach brachte es das Lustspiel „Leonce und Lena“ sogar zu einem richtigen lauten Erfolg. Das ist ein Skizzenbuch von Brentanoscher Kunstweise und ein spätes Meis aus Shakespeares Ardennerwald. Und zu solchen Meisen möchte man auch gleich die Nachfahren nennen. Es glüht aus ihm herüber zu Kostand, Wilde, Hofmannsthal.

Eine schillernde lyrisch-ironische Seifenblase ist es, die über einem Regenbogen gauselnd rollt. Mandolinenklang weht darin und Orangenbucht, süße Todes-Melancholie voll Rosmarin-Ruch und Schnupfischmeyer im Abendwind, aber die weichen Gefühle, leises Ziehen, süßes Wimmern überschlägt sich voll toller Raune ins Gegenteil, im Offenwesen sucht der Pferdeschuh, und die sentimentalische Märchenweise lacht sich selber aus. Doch eigentlich nicht aus weilschmerzlicher Hysterie, die wagt auf Scherben langt, sondern eher aus einem überlegen-artistischen Spieltrieb, der die Stimmungen wie die Glanzklänge eines Kaleidoskops übermäßig durcheinanderschüttelt. Das fröhlt von Epigrammen, wie bei Shaw; die Figuren hängen sich mit Witz zu Tode, und in der Luft schwebt dabei doch immer der Klang einer kalten süßen Weile. Königssohn und Prinzessin, Leonce und Lena, die einander heiraten sollen und voreinander fliehen, finden sich zusammen, ohne sich zu erkennen. Dies Märchen-Darstellung wird von den verbesserten Erdmännchen dieser buntschönen Welt in sich selbst verurteilt in echter janusköpfiger romantischer Ironie. Der Schaffensart schlägt mit seiner Britische darauf, und doch fühlt man die heimliche Liebe des Dichters heraus:

Ich griff nach kalten Maskeuzügen
Und sahte Wesen, daß mich schauerte,
Ich möchte gerne mich betrogen,
Wenn es nur länger dauerte.

Einzig schon trat diese Dichtung in die Erscheinung voll malerischer Kunst (von Hans Schindler) und erlebener Bilder.

Wassers präzise Kunst, gemischt aus Sentiment, dekorativer Magie und Karnevalsloute, auf diesen Szenen-Inszenierung, diese verwunschenen Wägen und Begnadigpfeilen und traumähnlichem Witterwerk, diese Eichenborstliche Landstraße für die Reife ins Blaue der Träume und Taugenichtse, diesen Wipfelwald über gelbemütem Rasen in mond- beglängter Zaubernacht. Und ein Farbenklang voll unberglicher Harmonie war's, wie im Grünen im treibenden Wellenringeln ihres rötlichen Ohngeheuerlebens, vom blauen Schol umhüllt, die Prinzessin sah, und der Prinz sie umschlang im orangefarbenen Rod, vom moosfarbenen Samtmantel überwallt.

Und so bestrich die lyrische Darstellung der Romantischen Leonce und Lenas war durch Karl Müller und Jemgard v. Hausen, so drastisch tummelte sich die berde Komik ihrer Kontrast- und Konfident-Personen, des itrohen Bagabundphilosophen Valerio (Heinz Saffner) und der Gouvernante (Illa Grünig), die sich zu einer fabelhaften Rorschel mit Gemüt stillierte.

Felix Koppenberg.

Residenz-Theater.

Donnerstag, den 18. Dezember. Jweites (lehtes) Doppel-Gastspiel von Friedrich Kahle und Helene Fehdmer: „Der Standal“. Schauspiel in 4 Akten von H. Vataille.

War der erste Gastspiel-Abend des berühmten Schauspielerspaars Fehdmer-Kahle ein reiner voller Afford, der in wunderbarer Harmonie ausklang, so gab es gestern Abend leider ein paar Dissonanzen. Schade, daß der zweite Abend keine Steigerung bedeutete! Schon das Stück ist nicht wertvoll mit seiner aufdringlichen Nahe, in dem nur hier und da ein echter Edelstein aufblüht, wie besonders am Schluß, als die gequälte Frau einkläfft, in dem Augenblick, der die Entscheidung über ihr Schicksal bringt, und als der Mann den Kindern winkt, leise zu sein: „Nana schläft“, und eine verärgerte Note anklingt. Doch erlöhrt es sich näher

Braunschweig hatte das Offizierkorps des Husaren-Regiments von Zieten in Kassel ein Abschiedsessen veranstaltet. Herzog Ernst August war hierzu in Begleitung seiner beiden Flügeladjutanten, des Obersten Frhrn. v. Knigge und des Hauptmanns v. Grone, aus Braunschweig eingetroffen. Während des Rahles loyierte der Regimentskommandeur Oberstleutnant v. Baumbach, zuerst auf den Kaiser, später in längerer Rede auf den Herzog von Braunschweig. Der Trinkspruch des Herzogs Ernst August gipfelte in einem dreimaligen Hurra auf das Husaren-Regiment von Zieten. — Das Offizierkorps stiftete dem Herzog als Abschiedsgeschenk eine Zieten-Blüte.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Dementierte Verlobungsgerüchte. Wien, 18. Dezember. Die Korrespondenz „Wilhelm“ wird von maßgebender Seite erlucht zu erklären, daß das Gerücht von einer Verlobung der Erzherzogin Maria Annunziata jeder Begründung entbehrt.

Die parlamentarische Lage. Wien, 18. Dezember. Über alles Erwarten ist die heutige Sitzung des Parlaments nach anfänglichen kleinen Vorkommnissen ziemlich ruhig verlaufen. In Regierungskreisen beginnt man nun wieder zu hoffen, daß die parlamentarische Situation sich etwas mildern und daß eine Vertagung des Parlaments oder die Inanspruchnahme des § 14 sich vermeiden lassen. Eine Verschärfung der Krisis dürfte nur dann eintreten, wenn das Herrenhaus seine Absicht durchführt, Änderungen an dem Steuergeheimturf, insbesondere aber das steuerfreie Einkommen-Minimum auf 1200 Kronen herabzusetzen; denn dann müßten die Steuergeheimen wieder aus Abgeordnetenhaus zurückgehen, was neue Schwierigkeiten zur Folge haben dürfte.

Der Abgeordnete Stajinski aus dem Polenklub ausgeschlossen. Wien, 18. Dezember. In einer heute abend abgehaltenen Plenarversammlung des Polenklubs, der auch der Minister Dlugosz beizuhöhen, ist auf Antrag der parlamentarischen Kommission die Ausschließung des Abgeordneten Stajinski aus dem Polenklub beschlossen worden. Stajinski ist darauf samt seinen 5 Anhängern aus dem Polenklub ausgetreten. Die 6 Abgeordneten bilden eine neue parlamentarische Gruppe unter Führung Kubitzki. Gegen Schluß der heutigen Sitzung brachten im Abgeordnetenhaus eine Reihe von Abgeordneten den Fall Stajinski zur Sprache. Sie richteten scharfe Angriffe gegen die daran beteiligten Personen und verlangten von der Regierung schleunigste Aufklärungen. Stajinski ergriff gleichfalls das Wort und wies die gegen ihn gerichteten Anschuldigungen zurück. Er erhob Beschuldigungen gegen den Minister Dlugosz und forderte rasche Antwortung der Interpellation, in der die Regierung um Aufklärung gebeten wird. In der gleichen Sache wurde eine Reihe Interpellationen seitens verschiedener Abgeordneten eingebracht.

Frankreich.

Zur Wahlreform. Paris, 18. Dezember. Grouffier, der Berichterstatter über die Wahlreformvorlage, trat in der Kammer für einen Antrag ein, der die drei vorhergegangenen Abstimmungen der Kammer befräftigt und in dem die Regierung aufgefordert wird, vor dem Senat die Vitenwahl der Minoritätenvertretung zu verteidigen, wie es von den acht vorhergehenden Ministern gebilligt worden sei. Ministerpräsident Doumergue erklärte, daß die Regierung die Abstimmungen der Kammer ablehnt und den Senat bitten werde, sich baldmöglichst auszusprechen. Die Regierung werde mit dem Senat und der Kommission einen Ausgleich suchen. Der Antrag Grouffiers wurde sodann von der Kammer mit 330 gegen 161 Stimmen angenommen.

Vom Selbstzug gegen das neue Kabinett. Paris, 18. Dezember. Die Kammergruppe der Entente démocratique, welcher zahlreiche offene und versteckte Gegner des Ministeriums Doumergue angehören, beschloß anlässlich der Debatte über das Budgetprovi-

forum eine Erörterung der Finanzpolitik der Regierung herbeizuführen, falls der Budgetantrag nicht bis dahin vom Finanzminister Caillaux die erforderlichen Aufklärungen erhalten haben soll.

England.

Ein neues Bombenattentat der Suffragetten. London, 19. Dezember. Eine Suffragette hat, wie vermutet wird, in der letzten Nacht versucht, das Holloway-Gefängnis im Norden von London in die Luft zu sprengen. Zwei Bomben sind in demjenigen Teil des Gefängnisses, wo die gefangenen Suffragetten gewöhnlich untergebracht werden, explodiert. Die Explosionen waren heftig, richteten jedoch keinen ernstlichen Schaden an.

Italien.

Ein Vertrauensvotum für Giolitti. Rom, 19. Dezember. Die Debatte über die Adresse, in der die Kammer der Regierung die neue Thronrede beantwortet, fand gestern nach einer Dauer von zwei Wochen ihren Abschluß mit der Annahme einer Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt. Das Vertrauensvotum wurde mit 326 gegen 90 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen angenommen. Die Mehrheit der Regierung ist größer, als man nach den heftigen Angriffen mancher Abgeordneter gegen die Politik Giolittis erwartet hatte. Die Merkmalen stimmten für die Regierung, ebenso die Modifikationen mit wenigen Ausnahmen.

Kardinal Rampollas Aufbahrung. Rom, 18. Dezember. Eine große Menschenmenge drängte sich um die aufgebahrte Leiche des Kardinals Rampolla. Alle Vorbereitungen sind nunmehr für die morgen stattfindende Beisetzung der Leiche im Petersdom getroffen.

Bulgarien.

Schwierige Lage der Regierung. Sofia, 19. Dezember. Die Parlamentskrisis hat sich sehr bedenklich verschärft. Alle Versuche der Regierung, mit dieser oder jener Gruppe der Oppositionspartei einen Vergleich zu ermöglichen, sind völlig gescheitert. Die Opposition stellte der Regierung ihre Unterstützung nur in den Budgetangelegenheiten in Aussicht. Die antimonarchistische Stimmung wächst mit jedem Tag und man erklärt allgemein, daß die Politik des Zaren Ferdinand hantlerott sei und weiter nicht geduldet werden dürfe. Die Regierung hat nunmehr der Opposition drei Portefeuilles angeboten. Diese verlangt aber vier. Sollte eine Verständigung auf der Dreier-Grundlage mit der Regierung zustande kommen, so würden ausscheiden: Genadiev, der Minister des Äußern Dimitschew und Wafaroff, der gegenwärtige Finanzminister. Tontschew, der bulgarische Gesandte in Bukarest, würde dann das Außenministerium übernehmen.

Serbien.

Keine Rückgabe der Orientbahnen? W. C. B. Belgrad, 18. Dezember. Wie verlautet, hat die Regierung beschlossen, die Forderung der Orientbahn-Gesellschaft, die Orientbahnen zurückzugeben, abzulehnen.

Die Kriegsauszeichnungen. Belgrad, 18. Dezember. Der König verlieh dem Prinzen Georg die höchste Kriegsauszeichnung, den Stern des Kara-Georgs-Ordens mit Schwertern. Dieselbe Auszeichnung erhielten 15 Regimentsführer; 25 Föhnen erhielten die goldene und 7 die silberne Tapferkeitsmedaille. Gleichzeitig wurden zahlreiche höhere Offiziere dekoriert und über 2000 Offiziere und Unteroffiziere des Wehrdienstes befördert.

Türkei.

Von der deutschen Militärmission. Konstantinopel, 18. Dezember. Laut „B. A. M.“ übernimmt General Bronjart v. Schellendorf das Kommando der 3. Division des ersten türkischen Armeekorps. — Der russische Botschafter v. Siers hatte gestern nachmittag eine anderthalbstündige Unterredung mit dem Großvezir. Es soll sich bestätigen, daß Rußland, von der türkischen Antwort auf seine Anfrage wegen der Mission Niman v. Sonders nicht befriedigt, gewisse Forderungen geltend gemacht habe, welche die Befestigung der Meerenge, die Gendarmerie in

Armenien und die Eisenbahn in Ost-Anatolien betreffen.

Die missliche Finanzlage. W. C. B. Konstantinopel, 18. Dezember. Verschiedene Kreise stellen fest, daß das Rundschreiben des französischen Finanzministers, in dem den Banken unterzogen wird, an das Ausland Anleihen und Vorschüsse zu gewähren, sowie die Schwierigkeiten, denen die Durchführung der Schahscheins-Transaktion der Pariser Firma Perrier begegnet, deren Vertrag seit 10 Tagen unterzeichnet ist, eine finanzielle Krise geschaffen haben. Heute nachmittag herrschte auf der hiesigen Börse Panik. Die türkischen Konsols verloren rasch mehr als zwei Punkte und fielen bis auf 92%. Die Regierung sah sich genötigt, zu intervenieren und Spekulationsgeschäfte zu unterlagen. Der Eingang in das Börsengebäude war polizeilich bewacht. Der französische Botschafter Compad ist von seiner Regierung nach Paris berufen worden. In verschiedenen Kreisen verlautet, daß die Reise des Botschafters mit der Schahscheins-Transaktion der Firma Perrier zusammenhängt.

Die offiziellen Friedensverhandlungen mit Serbien. Konstantinopel, 18. Dezember. Heute nachmittag begannen die offiziellen Verhandlungen über den türkisch-serbischen Friedensvertrag. Nach Informationen von serbischer Seite schreiten die Verhandlungen, die auf einem vorbereiteten Entwurf basieren, in normaler Weise fort und werden übermorgen beendet sein. Der Friedensvertrag wird 12 Artikel, ohne Anner oder Protokoll, umfassen.

Nordamerika.

Der erste Friedensvertrag mit Europa unterzeichnet! Washington, 18. Dezember. Der zwischen dem Staatssekretär Bryan und dem niederländischen Gesandten vereinbarte Friedensvertrag, der die Grundlage eines Schiedsgerichtsplanes enthält, ist heute unterzeichnet worden. Es ist der erste Friedensvertrag mit einem europäischen Land.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Zum Fall Autor.

Von Herrn Rechtsanwalt Max Liebmann hier, dem Prozeßbevollmächtigten von Fräulein Stella Richter, geht uns nun eine „den Tatsachen entsprechende Darstellung des Sachverhalts“ in der Angelegenheit des bekannten E. A. Autor zu, durch die die in der Abend-Ausgabe des „Wiesbadener Tagblatts“ vom 17. Dezember enthaltene „Berichtigung“ Autors eine eigenartige Illustration erfährt. Herr Rechtsanwalt Liebmann schreibt uns:

„Im Februar d. J., am Tage bevor sich Herr Autor vor der Strafkammer hier zu verantworten hatte, verschwand er — zunächst spurlos — aus Wiesbaden. Bereits vorher, und zwar wiederholt und eindringlich, hatte Fräulein Richter ihn zur Rückgabe des ihm anvertrauten Geldes im Betrag von rund 7600 M. aufgefordert. Autor hatte die Rückgabe in Aussicht gestellt, er hat aber weder das Geld zurückerstattet noch bis zum heutigen Tag Fräulein Richter Abrechnung erteilt. Es bestand und besteht der Verdacht, daß Autor die Fräulein Richter gehörigen Gelder unterschlagen, beziehungsweise veruntreut, und daß er sich eines Betrugs zu ihren Kosten schuldig gemacht hat. Es scheint dieserhalb eine Voruntersuchung bei dem hiesigen Landgericht. Das Material in dieser Voruntersuchungssache hatte bereits zum Erlaß eines Haftbefehls und Auslieferungsbefehls geführt; Autor ist auch tatsächlich in Wern verhaftet worden. Im Eimerhandnis von Fräulein Richter ließ man ihn jedoch wieder frei, nachdem er 5000 Franken bei den Schweizer Behörden deponiert hatte. Dieses Depot hatte sich Autor inzwischen, und zwar durch dritte Personen, beschafft. Nachgewiesen ist, daß er das von Fräulein Richter empfangene Geld zwar zunächst bei der Deutschen Bank angelegt, aber nach Jahresfrist bereits wieder verbraucht hatte. In den Strafakten hat dann Autor eine abenteuerliche, durchweg bestirnte Abrechnung aufgestellt, jedoch anerkannt, daß er Fräulein Richter noch 3300 M. schulde. Unter Vorbehalt des Rechtsanspruchs wurde alsdann die Klage wegen dieser an-

auf das Stück einzugehen, über Wert oder Unwert zu philosophieren, da es bereits im alten Kesseltanz-Theater erfolgreich zur Aufführung gelangte. Damals spielte Hermann Kesseltanz die Maurice, Reges Hammer gab die Charlotte und Josef van Born die alte Mutter.

Ich weiß genau, daß ich damals befriedigter nach Hause ging als gestern abend. Helene Fehdmer spielte die Charlotte mit einer so starken äußerlichen Nervosität, daß sie hellenweise quälend, beinahe unerträglich wirkte. Vielleicht glaubte die Künstlerin, die Charlotte derartig darstellen zu müssen, um ihren Schritt begreiflicher zu machen. Aber der Grund ist wenig richtig. Schließlich wird auch die vernünftige Frau einmal eine Dummheit machen. Diese Charlotte war das verkörperte böse Gewissen, ohne jede Bekehrung, da mußte jeder, selbst der Harmloseste, sehend werden.

Friedrich Kappeler spielte den Maurice weitaus überlegener und natürlicher. Zuerst sorglos-glücklich, mit leichtem unbefümmerten Blauderton, dann am Anfang des 3. Aktes mit mühsam beherrschter kalter Ruhe. Schon als er die Bühne betrat, wußte jeder, daß er sehend geworden war. Und dann dieses Auffahren in rasendem Schmerz, dieses Stillestehen, dieses verwundenes Tier, verlorener Stolz, verlorene Stille, betrogene Liebe, das alles bäumte sich elementar auf und wurde mit erschütternder Gewalt zum Ausdruck gebracht. Das schwere Bauernblut brauste und siedete, die Hand erhob sich zum Schlag — und dann beim Anblick der Frau war die stolze Kraft gebrochen.

Ein paar Gebärden waren vielleicht zu groß für den intimen Rahmen, der Stimmentwurf stellenweise etwas zu stark für das kleine Haus, aber es bedeutete doch ein Erleben, Friedrich Kappeler in diesem Augenblick gesehen zu haben. Dann war aber auch der Höhepunkt des Abends überschritten. Der letzte Akt plätkte ihm nicht mehr so gut.

Das Publikum, das kürzlich in hellen Hausen zur Operette „Kohle tanzt Walzer“ getrieben war, erschien am ersten Abend nur spärlich, am zweiten etwas zahlreicher, aber es bereitete dem Paar eine herrliche Ovation. B. v. N.

Aus Kunst und Leben.

Ein verloren geglaubtes Portrait von Tizian. Der bekannte Historiker Paolo Giobio, der in seiner Villa zu Como eine berühmte Sammlung von Bildnissen hervorragender Männer zusammengebracht hatte, besaß auch ein herrliches Portrait des venezianischen Gelehrten und Politikers Daniello Barbaro, das von der Hand Tizians stammte. Pietro Aretino hatte ihm dies Bildnis des großen Meisters verschafft, und in einem Dankbrief schwärmte Giobio von dem Werk: „Ein Dreigestirn von erleuchteter Schönheit hat Ihr mir vor Augen gestellt: die schadenlos reine Seele des Herrn Daniello Barbaro, des einzigen Tizians wunderbaren Pinsel, der gefärbt scheint nicht mit Lack, Azurblau oder Grünspan, sondern mit einer kostbaren Flüssigkeit, einer Mischung aus Anden, Mosans und Tibet, und endlich Eure goldene Feder, die unschätzblich ist.“ Dies Portrait eines bedeutenden Mannes seiner Zeit, von Tizian geschaffen, stand bisher auf der leider so unheimlich großen Wüste der zugrunde gegangenen Schöpfungen des venezianischen Großmeisters. Dem Kunsthistoriker Emil Schäffer aber ist es nun gelungen, das Bildnis wieder aufzufinden. In seiner schönen im Verlage von Julius Bard erschienenen Essay-Sammlung „Von Wüsten und Menschen der Renaissance“ geht er der Geschichte dieses Kunstwerkes nach und erkennt in einem Bilde des Prado die Büge Daniello Barbaros. Das Portrait befand sich im 17. Jahrhundert in der Sammlung der reichen Antwerpener Kaufherren Jan und Jakob van Belle, wo es der Historiker der venezianischen Malerei Ridolfi sah und „ein Werk von seltener Schönheit“ nennt. Damals fand ein Kupferstich und eine Zeichnung von dem Bilde gemacht worden, die sich erhalten haben. Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts galt das Bildnis für verlohren. Nun hängt aber im Prado zu Madrid ein Werk Tizians, das Bildnis eines schwarzgewandeten Gelehrten, der seine Rechte, wie Ridolfi das von dem Barbaro Tizians berichtet, auf einem Buche ruhen läßt. Das schwarze Braun der Haare, das bräunliche Rot des Bartes geben

eine wirksame Note für die ernste Blässe dieses Antlitzes, das erfüllt scheint von jener sanften Güte und schweigenden Hoheit, die die Zeitgenossen mit verehrungsvoller Liebe von dem Antlitz des „Patriarchen von Aquileja“ ablesen. Der Kupferstich und die Zeichnung lassen keinen Zweifel übrig, daß sich das verloren geglaubte Bild des Daniello Barbaro von Tizian wirklich im Prado zu Madrid befindet.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Hans Thomas Romdies „Die Sippe“ fand bei der Erstaufführung in den Münchener Kammertheatern großen Erfolg.

Schalom Asch hat ein neues Drama „Die Erben“ vollendet. Der Dichter hat das Stück unlängst unter großem Beifall in der Petersburger Literaturgesellschaft vorgelesen.

Martha Delbard, die beliebte Vortragskünstlerin und Gattin Karl Demps, will sich der Bühnenlaufbahn zuwenden. Die Künstlerin wird demnächst die weibliche Hauptrolle in einem Drama von Ibsen verkörpern.

Neben den 21 Mitgliedern des Frankfurter Schauspielhauses, denen, wie wir bereits meldeten, die Intendantin zum Herbst 1914 kündigte, müssen auch noch andere abgewählte Kräfte unfreiwillig zurücktreten. Wie heute bekannt wird, kündigte man auch Hl. Neuhle, Herrn Rothe, Frau Kalsch, Hl. Doninger, Herrn Gollmann und Frau Schelver. Die Entlassung von Hl. Neuhle, Hl. Doninger und Frau Schelver erregt großes Aufsehen, da sie als die besten Kräfte mit gelten.

Wissende Kunst und Musik. Zum Leiter der Städtischen Kunstgewerbeschule in Hannover wählten die städtischen Kollegien gestern morgen den bekannten Leiter der Münchener Kunstgewerbeschule, Wilhelm v. Debschitz. Der Gewählte hat die Wahl bereits angenommen.

Wissenschaft und Technik. Der kürzlich in London verstorbenen deutsche Staatsangehörige Arnold Friedländer hat zum Studium der Krebskrankheit eine Summe von 100 000 M. ausgelegt.

erkannten 3300 M. durchgeführt. Das für Fräulein Richter obliegende Urteil ist bereits mit dem 28. November d. J. rechtskräftig geworden. Mittlerweile hatten jedoch die Schweizer Behörden, und zwar ohne Einverständnis des hiesigen Untersuchungsrichters, die seinerzeit von Autor deponierten 5000 Franken an diesen wieder zurückgegeben. Von diesem Augenblick an bestanden für die Klägerin nunmehr geringe Aussichten, zu ihrem Geld zu kommen; denn einerseits mußte zur Herbeiführung der Vollstreckbarkeit des deutschen rechtskräftigen Urteils in der Schweiz erst noch ein kostspieliges Vollstreckungsurteil in der Schweiz beschafft werden; und andererseits ist es ja bekannt, daß von Schuldnern, die — wie Autor — nicht pfändbar sind, wenn sie nicht zahlen wollen, nichts zu erhalten ist. Ausschließlich diese Tatsachen waren bei Abschluß des Vergleichs bestimmend, wonach Fräulein Richter sich mit 4200 M. abfindungsweise zufrieden erklärte. Ausgesprochenemachen hatte der Schuldpflicht des Vergleichs, in dem Fräulein Richter Herrn Autor Entlassung erteilte, nicht die Bedeutung eines Anerkenntnisses in der Richtung, daß Fräulein Richter dem Autor zu dem von ihm behaupteten Vorgehen gegen Herrn Rhode Auftrag erteilt hätte. Er wurde gleichwohl von Fräulein Richter aus Entgegenkommen bewilligt, weil Herr Autor sich davon die Einstufung des Strafverfahrens versprach. Tatsächlich hat Fräulein Richter jeden derartigen Auftrag von vornherein ausdrücklich in Abrede gestellt. Sie hat bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter die Erteilung des von Autor behaupteten Auftrags strikt bestritten und wird ihre diesbezügliche Aussage in der zu erwartenden Hauptverhandlung in der Strafsache Autor bekräftigen. Es erscheint ausgeschlossen, daß dieses Strafverfahren durch den Vergleichsbescheid beeinflusst werden kann. Die sogenannte „Verichtigung“ des Herrn Autor dürfte auch kaum geeignet sein, die anscheinend erteilte Stimmung bei den in Frage kommenden Herren zu erzielen. Die schweizerischen Behörden, auf die Autor sich beruft, haben niemals die Strafsachen zu Gesicht bekommen; sie sind und waren somit zur Begründung irgend einer „Annahme“ gar nicht in der Lage. Die Behauptung eines lediglich „zivilrechtlichen Abrechnungsverhältnisses“ ist ein Konstruktionsversuch der Herren Prozeßgegner, dem jede Basis fehlt.

Wiesbadener hygienische Ausstellung.

Von der Leitung der vom 7. Januar bis einschließlich 4. Februar 1914 im hiesigen Rathaus stattfindenden Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird uns geschrieben: Das Urteil einer angesehenen amerikanischen Zeitschrift aus der Zeit, wo die Ausstellung noch nicht auf die Banderstraße gegangen war, sondern noch einen Bestandteil der großen Dresdener Hygiene-Ausstellung bildete, lautete: „In Amerika wäre eine solche Ausstellung unerkennbar. Die Ärzte, ein Teil der Presse und manche andere würden ein solches Geschäft erheben, daß die Ausstellungsleitung gezwungen wäre, der öffentlichen Meinung nachzugeben und die Tore zu schließen, zum mindesten für das große Publikum, während in Dresden jung und alt, Männer und Frauen, ja, auch Vertreter der Kirche, die Sammlungen besichtigten. Und niemand nahm daran Anstoß, weil jeder fühlte, daß eine solche aufklärende Ausstellung die mächtigste Waffe im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten und zugleich eine Warnung bildet.“ In Wiesbaden, das bei der Bewegung zur Bekämpfung der geheimen Krankheiten an der Spitze marschierte, soll im großen und ganzen keine geistliche Trennung der Geschlechter sowie der verschiedenen Altersstufen stattfinden, wenn die Ausstellungsleitung auch auf den ganz besonderen Wunsch aus Frauenkreisen einen Nachmittag und Abend in der Woche für diese reserviert. Anlaß zum Meinungsaustausch bot die Altersgrenze der zum Besuch der Ausstellung zugelassenen Jugendlichen. Es fragte sich, ob man sie auf 18 oder 16 Jahre festsetzen sollte. Man einigte sich schließlich auf 16 Jahre. Es wurde überzeugend dargelegt, daß eine spätere Aufklärung und Warnung in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ihren Zweck verfehlen, weil sie eben viel zu spät kommt. Das ist über alle Zweifel erwießen durch die ärztlichen Erfahrungen. Was soll es auch für einen Wert haben, die jungen Leute zu warnen und zu belehren, wenn sie bereits erkrankt sind oder waren, oder sich nachlässigweise in Lokalen herumtreiben, von denen der Weg zur Ansteckung jedenfalls nicht mehr weit ist. (Vergleiche den Bericht über die Verhandlungen der Kreisversammlung im „Wiesbadener Tagblatt“ Nr. 495 vom 28. Oktober 1913.) Diejenigen, die für eine spätere Aufklärung sind, wenden immer ein, es könnten unter den jüngeren vielleicht solche sein, die noch gar nicht an „solche Dinge“ denken, sie könnten gewissermaßen erst darauf aufmerksam gemacht werden. Zugegeben, daß derartige Ausnahmen vorzukommen, jedenfalls sind es aber nur Ausnahmen, wie sie bei jeder Massenbelehrung vorkommen können. Ihre Wirkung soll man aber nicht die Belehrung und Aufklärung der die Regel bildenden jungen Leute aufheben und sie öfters ins Unglück rennen lassen. Hier müssen eben die Eltern eingreifen, sie müssen ihre Kinder kennen, aber wirklich kennen, nicht nur glauben, weil es gerade ihre Kinder seien, dachten sie an „so etwas“ noch gar nicht. Wenn sie ganz sicher sind, dann können sie ihnen ja sagen, daß sie diese Ausstellung lieber noch nicht besuchen sollen, das sei erst etwas für spätere Zeit. Das kann aber die Leitung der Ausstellung auch diesen vorsichtigen Eltern versichern, daß das zu Schauende in seinem Fall einen anregenden Einfluß in der Richtung verfrühter Betätigung, sondern nur einen stark warnenden Einfluß haben wird.

Die Wilhelms-Heilanstalt in Wiesbaden.

Die Heeresverwaltung hat in den letzten Jahren viel dafür getan, den Mannschaften nach schwerer Krankheit die Bohlitz außergewöhnlicher Heilverfahren, besonders in Gestalt von Brannen- und Wadefuren, sowie durch längeren Aufenthalt in Genesungsheimen zuteil werden zu lassen. Die älteste und bestbekannte Militärheilanstalt, die Wilhelms-Heilanstalt in Wiesbaden, ein Vermächtnis Kaiser Wilhelms I., hat sich bei dieser Ausdehnung des Heilverfahrens sowohl in bezug auf den Umfang der Anstalt als auch in bezug auf den Platz zur Aufnahme krankenbedürftiger schon seit Jahren als unzureichend erwiesen. Die lange angestrebte Erweiterung scheiterte jedoch bisher vornehmlich an der Frage geeigneten Bauplatzes. Nun bietet sich Gelegenheit, durch Ankauf des an die Anstalt angrenzenden Gärtnersgrundstücks der Firma G. Th. Wagner, Mühlstraße 6, das lange gefühlte Bedürfnis zu befriedigen. Die Heeresverwaltung hat daher, wie vor einiger Zeit bereits an anderer Stelle dieses Blattes mitgeteilt worden ist, in den Etat für 1914 die Mittel zum Ankauf dieses Grundstückes

eingestellt in der Erkenntnis, daß beim Abgang dieses Grundstückes in andere Hände die Vergrößerung der Anstalt in späteren Jahren so gut wie ausgeschlossen oder doch nur mit ganz erheblich größeren Kosten ausführbar gewesen wäre. Jedes Hinausschieben der Erweiterung wäre im Interesse der krankenbedürftigen aber um so bedauerlicher, als die der Heilanstalt zur Verfügung stehenden Therapeutischen auch für erweiterten Betrieb genügend Wasser hergeben können. Nach Durchführung des geplanten Ankaufs wird es nicht nur möglich sein, die Anstalt zeitgemäß auszubauen, sondern es werden auch in der Anstalt selbst 24 Offiziere und 63 Mannschaften mehr als bisher untergebracht werden können. Der Ankauf des Grundstückes in der Mühlgasse dürfte in der nächsten Zeit schon perfekt werden.

Beamtenfrauen als Ladendiebstahlerinnen!

In Frankfurt a. M. ist man zwei Wiesbadener Beamtenfrauen auf die Spur gekommen, die seit längerer Zeit in Mainz und Frankfurt Ladendiebstähle ausgeführt haben. Die eine der Frauen, die gestern bei einem Diebstahl in einem Damenschneider-Juweliergeschäft erwischt wurde, ist in Frankfurt verhaftet worden, ihre Freundin wurde in Wiesbaden ebenfalls festgenommen, nach der polizeilichen Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Unser Frankfurter M.-Korrespondent berichtet über den sensationellen Fall:

In Darmstadt wurden gestern in der Mittagsstunde in einem Juweliergeschäft ein Paar Ohrringe im Wert von 700 M. gestohlen. Der Juwelier hatte Verdacht, daß eine Dame die Diebin sei, die mit ihrem Kind in dem Laden erschienen war und sich Sachen zur Auswahl hatte vorlegen lassen. Da der Verkäufer erst längere Zeit nach der Entfernung der Dame den Verlust der Ohrringe bemerkte, schien es wenig wahrscheinlich, daß die Feststellung der unbekannten Frau gelingen werde; trotzdem gelang es ihm, die Spur der Verdächtigen zu finden, die zum Bahnhof führte. Hier sah er die Unbekannte in einen zur Abfahrt nach Frankfurt a. M. bereitstehenden Zug steigen; kurz entschlossen löste er sich eine Karte und bestieg ebenfalls im letzten Augenblick den Zug. In Frankfurt ließ er dann die Dame festnehmen, die sich als die 31 Jahre alte Beamtenfrau Emilie W. aus Wiesbaden entpuppte. Die Verhaftete gab an, daß sie in einer gewissen Notlage gehandelt habe, da ihre Familie in wenig guten Verhältnissen lebe. Bei der Vernehmung der Frau ergab sich, daß sie noch mehrere Diebstähle ähnlicher Art begangen hat. Sie pflegte zeitweilig die Städte Mainz und Frankfurt a. M. in Begleitung ihrer Freundin, der ebenfalls in Wiesbaden wohnenden Beamtenfrau Eva K. zu besuchen und dabei in Juwelierläden Diebstähle zu begehen. So entwendete sie z. B. kürzlich in Frankfurt Schmuckstücke im Wert von über 800 M. Die gestohlenen Sachen haben sie anscheinend in Pfandhäusern versteckt. Die W. wurde hier in Haft behalten; die K. wieder auf telegraphische Anordnung der Frankfurter Polizei in Wiesbaden festgenommen, nach ihrer Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bei einer in der Wohnung der Verhafteten in Wiesbaden vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde ein recht umfangreiches Sortiment der verschiedensten Gegenstände, hauptsächlich Schmuckstücke und Schmuckgegenstände, vorgefunden. U. a. Herren- und Damenringe mit Brillanten, Perlen und Saphiren, goldene Ohrringe, Brillantbrochen, ferner Damenschmuck aus Leder, Alpaka und Silber usw., alles Gegenstände, die aus den erfolgreichen Diebstählen in Wiesbaden, Frankfurt, Mainz und Darmstadt herrühren. Die Gegenstände liegen am Samstag und Montag, vormittags von 10 bis 12 Uhr, bei der hiesigen Polizeidirektion, Zimmer 4a, auf und können von hiesigen Geschäftsinhabern, die sich geschädigt glauben, dort reklamiert werden.

— **Tango-Tee im Kurhaus.** War der geistige Tee-Nachmittag auch nicht so besucht wie sonst — das nahe Weihnachtsfest macht sich geltend —, so hatten sich doch über dreihundert Personen eingefunden. Den Tangenben war durch die geringere Beteiligung mehr Bewegungsfreiheit gestattet und sie wurde von den Baaren froh begrüßt. Im Mittelpunkt des Interesses stand wieder Sennor Pluton, der den Tango in seiner verhaltenen, nach innen glühenden Weise zum besten gab. Jeder Schritt genau berechnet, die schwere Technik meisterhaft beherrschend. Allerdings ließ seine Partnerin wieder den rechten Schwung und die rechte Leidenschaft vermessen. Schülerchaft folgte sie ängstlich den Bewegungen des Meisters, zeichnete zaghaft nach, was er mit zwingenden Bewegungen vordrängte. So konnte der Genuß kein voller sein. Abgesehen hat die Kapelle rotbegeistert aufgespielt, schon beim letzten Tango-Tee und wie zuerst, als die Reunion wieder eingeführt wurden. Die alte Neuerungsehung ist entschieden ein Vorteil. Das Rot gibt eine feistlich-beitere Note und wirkt trotz der Farbenfreudigkeit recht vornehm.

— **Gottesdienst für Taubstumme.** Am Sonntag, den 21. Dezember, wird in der hiesigen Lutherkirche ein evangelischer Gottesdienst mit Abendmahl für Taubstumme stattfinden. Der Gottesdienst beginnt um 2 Uhr.

— **„Frische Landeier.“** Mühsalsschmerz sind leider keine seltene Erscheinung; ihnen haben sich jetzt sogar schon, so berichtet man uns, Eierfälscher angeschlossen. Ein gutstüttierter Landwirt aus Hestrich ist auf die gelungene Idee gekommen, in einem Hestricher Konsumgeschäft die sogenannten „Kasseneier“ im großen aufzukaufen und sie dann mit einem recht erheblichen Preisaufschlag als „frische Landeier“ aus dem Taunus in den Nachbarstädten abzusetzen. Der Schwindler wurde schließlich entlarvt und jetzt zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. — Dem Mann ist natürlich sein Recht gegeben; wir vermuten nur, daß nicht „jetzt sogar schon“ von Eierfälschern (das Wort trifft übrigens die Sache nicht genau) gesprochen werden kann, daß vielmehr auch vor dem Hestricher Schwindler schon hier und da, und wahrscheinlich gar nicht so selten, städtischen Feinschmeckern Kasseneier als „frische Landeier“ aufgehängt wurden.

— **Kein Schülerelstermord!** Der dreizehnjährige Schüler W. einer hiesigen höheren Lehranstalt, der sich unter Zurücklassung eines Briefes, in dem er Selbstmordgedanken Ausdruck gab, vorgefunden von hier entfernt, ist wohlbehalten bei Verwandten in Hestrich a. M. angetroffen und bereits von seinen Eltern zurückgeholt worden.

— **Kleine Notizen.** Die Eisbahn Adolfshöhe ist wieder geöffnet. — Das Bahnhallen-Restaurant hat sich eine neue, sehr hübsche Dekoration zugelegt, die sie „Bahnhallen in Eis und Schnee“ nennt. Ein dichter Schneefall, dargestellt von etwa einundneunzig Millionen Schneeflocken aus imprägnierter Watte, hängt an Tausenden von seinen Draht-

fäden. Aus der Mitte des Lokals ragen einige ganz entblätterte Bäume, mit glühendem Nadelreis besetzt, empor, während an beiden Seiten 14 grüne, dicht verzweigte Tannen stehen, in denen zahllose bunte Glühlampen leuchten. Von der Decke herab schimmern Tausende von kleinen grünen Lampchen durch den Schnee und darunter schweben vielverheißende Weihnachtsengel.

— **Angesommene Fremde.** Wirll. Geh. Rat Kreibitz v. Seckendorff, kaiserlich deutscher Gesandter in Marokko, und Oberpräsident der Provinz Oeffen-Rassau Senegambien sind hier angekommen und im „Hotel Rose“ abgestiegen.

Notizen über Kunst und Vorträge.

• **Königliche Schauspiele.** Die Reihenfolge der Abonnementsbuchstaben für die nächste Woche ist folgende: Sonntag B, Montag D, Dienstag aufgehobenes Abonnement, Mittwoch aufgehoben, Donnerstag C, Freitag aufgehobenes Abonnement, Samstag B, Sonntag aufgehobenes Abonnement, Montag A.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

El. Schöheim, 18. Dezember. Heute vormittag fand auf dem hiesigen Friedhof die Beerdigung des Defens Friedrich Knapp statt. Der Beisetzung voraus ging das feierliche Totenamt, das durch Pfarre. Huber (Wiesbaden) unter Assistenz der Geistlichen Siegfried und Burggraf abgehalten wurde. Domkapitular Hilbig (Limburg), gab in seiner Gedächtnisrede ein Lebensbild des Verstorbenen und würdigte dessen gewissenhaftes und vorbildliches Wirken als Priester. An dem Beerdigungsbegräbnis beteiligten sich über 60 Geistliche in Amtstracht, sämtliche hiesigen Vereine mit ihren Fahnen, die Schule und die städtischen Körperschaften. Die fünf hier bestehenden Gesangsvereine sangen, zu einem Refrain, ein Trauerspiel. Kränze legten außer dem Kirchenchor und den verschiedenen katholischen Vereinen vieler Bürgermeister Angehörige im Namen der Stadt, Rektor Rudes für das Lehrerkollegium, eine Schülerin für die letzten Schüler und Schülerinnen des Verstorbenen sowie ein Vertreter der Gemeinde Langenschwalbach, deren Seelsorger der Verstorbene über 25 Jahre war. Nach der Beerdigung vereinigten sich der Klerus mit einer Anzahl geladener Gäste, etwa 100 Gedecke, in der „Burg Ehrenfels“ zu einem gemeinsamen Essen.

Nassauische Nachrichten.

Die Bad Sodener Kur.

ht. Soden a. T., 18. Dezember. Das Kurjahr 1913 hat mit 5730 Kurgästen außerordentlich günstig abgeschlossen und die Besuchsziffer des vorigen Jahres um fast 1000 Kurgäste überschritten (1912: 4834). Der gesteigerte Besuch mit seiner Mehrerinnahme und der vermehrten Väterabgabe veranlaßte die Gemeinde zu einer beträchtlichen Vergrößerung des Badehauses, wofür 180 000 M. bewilligt wurden. Die neue Zufahrt des fohlensaurten Sprudels und der Solquellen ins Badehaus ist dem Geheimen Baurat Efer in Bad Nauheim übertragen worden. Weitere Neuerungen, wie Kurhausneubau, Erweiterung der Parkanlagen und Schaffung besserer Straßen, sind in Aussicht genommen.

Eine neue landwirtschaftliche Winterkurse.

k. Höchst a. M., 18. Dezember. Der Kreis Höchst wird hier eine landwirtschaftliche Winterkurse errichten. Die Kurse soll vom Staat, vom Bezirksverband, der Stadt und dem landwirtschaftlichen Bezirksverband finanziell unterstützt werden. Die Stadtverordneten bewilligen in ihrer heutigen Sitzung bereits einen jährlichen Zuschuß bis zu 1000 M. Man rechnet auf mindestens 80 Schüler.

z. Braubach, 18. Dezember. Die Stadtverordneten beschließen einstimmig die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert. Die Übernahme der Hauptpfand- und Verbandsbeiträge der Freiwilligen Feuerwehre auf die Stadtkasse wurde genehmigt und unter Abweisung eines haßlosen Einspruchs die Gültigkeit der letzten Stadtverordnetenwahlen beschlossen.

!! Gaus, 18. Dezember. Bei der in der ersten Wahlklasse stattgefundenen Stichwahl zwischen dem Kandidaten Wilhelm Kirdorf 1r und Direktor Stein erhielt ersterer 9 und letzterer 3 Stimmen. Kirdorf ist somit auf die Dauer von sechs Jahren als Stadtverordneter gewählt.

Aus der Umgebung.

Unter die Räder.

hb. Frankfurt a. M., 19. Dezember. Im Hauptbahnhof wurde gestern Abend die 72jährige Wagenreinigerin Ettinghaus aus Friedberg von einer Kutsche überfahren und umgeworfen. Hierbei wurden ihr beide Beine direkt am Leib abgefahren. Am Aufkommen der Frau wird zweifelhaft.

wb. Mainz, 19. Dezember. In einer höheren Töchter-Schule löste sich während der Turnstunde das Eisen, welches den Rundlauf hielt, aus der Decke und stürzte herab. Zwei Mädchen wurden schwer verletzt.

wb. Gießen, 19. Dezember. In der gestrigen Stadtkonferenzentscheidung wurde dem jahrelangen Wünsche der Viehhändler endlich nachgegeben und der Handel auch am Tage vor dem Markte am Jagen. Vormarkte amtlich gestattet.

Gerichtssaal.

Ein jugendlicher Scherzschlichter.

m. Frankfurt a. M., 19. Dezember. Die Strafkammer verurteilte den 21jährigen Banflehrling Karl Steuer-nagel wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu zwei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte hatte am Mittwoch vor Oeffnen bei der Bankfirma Rumm u. Ko. in Frankfurt, wo er das Reichsbankgeldbuch zu führen hatte, einen Scheck über 80 000 Mark gefälscht und den Betrag bei der Reichsbank erhoben. Dann war er nach San Remo gefahren, wo er am 5. Mai verhaftet wurde. Bei der Festnahme gab er mehrere Schüsse auf die Polizeibeamten ab und verübte dann einen Selbstmordversuch. Er hatte sich deshalb bereits vor dem Schwurgericht wegen Widerstandes und Mordversuchs zu verantworten gehabt, wurde aber freigesprochen. Bei seiner Festnahme fand man 65 000 Mark bei ihm vor, außerdem wurden 10 000 Mark bei einer Berliner Bank ermittelt. Die geschädigte Firma hat eine Belohnung von 8500 Mark ausbezahlt.

o. Der Soldat als Brandstifter. Der Arbeitsfeldat Wilhelm Braun aus Baden der niemals vorbestraft ist war der vorsätzliche Brandstifter eines Anwesens. Der Angeklagte hatte auf Fort Viebler die Heilbrunnentube in Brand gesetzt. Es war ein Schaden von einhundert 100 M. entstanden. Der Angeklagte wurde vom Mainzer Appellationsgericht zu 2 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust und Ausweisung aus dem Reiche verurteilt.

h. Refrutenmishandlung durch „alte Leute“. Saarbrücken, 18. Dezember. In der Berufsstands-Verhandlung verurteilte das Oberlandesgericht des 21. Arrondissements die beiden Dragoner Moos und Konrad vom 17. Dragoner-Regiment in Saarbrücken zwei „alte Leute“, wegen gemeinschaftlicher gefälschter Mißverurteilung eines Refruten zu 3 und 2 Monaten Gefängnis. Mitbestimmend für

